



Gesundheit und Pflege: Starke Systeme. Gerechte Reformen.

Reformen im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) sind überfällig. Ohne strukturelle Anpassungen drohen weiter steigende Ausgaben und zusätzliche Belastungen für Versicherte, Arbeitgeber und Beschäftigte, mit erheblichen negativen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Gesundheits- und Pflegepolitik muss künftig noch stärker darauf ausgerichtet werden, die Menschen möglichst lang gesund zu erhalten und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder hinauszuzögern. Prävention, Gesundheitsförderung, Rehabilitation und eine bessere Unterstützung pflegender An- und Zugehöriger bilden dabei zentrale Bausteine. Jede vermiedene oder verzögerte Pflegebedürftigkeit steigert nicht nur die Lebensqualität für die Betroffenen, sondern entlastet auch die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig. Die Fraktionsvorsitzenden aus Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen begrüßen ausdrücklich die Reformvorschläge durch das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz und das Pflegeneuordnungsgesetz auf Bundesebene, die gerade hier erste wesentliche Verbesserungen vorsehen. Zudem unterstützen sie den Ansatz, alle Bereiche an den Lasten der Rückkehr zu einer einnahmenorientierten Ausgabenpolitik zu beteiligen.

Dabei ist allerdings auch darauf zu achten, dass nicht ausgerechnet diejenigen, auf deren persönlichen und unbezahlten Einsatz das System unbedingt angewiesen ist, überproportional in Anspruch genommen werden und einen aktiven Beitrag zum Funktionieren der Systeme leisten. So sind pflegende Angehörige der größte Pflegedienst unseres Landes – und das rund um die Uhr, ohne Tarifvertrag, ohne Urlaub. Sie stellen ihre Berufstätigkeit zurück, opfern ihre Freizeit und häufig ihre eigene Gesundheit und entlasten damit das Pflegesystem, das seit jeher als Teilleistungsversicherung konzipiert ist.

Über die notwendige Ausgabenbegrenzung hinaus muss sichergestellt sein, dass die Beitragszahler langfristig und gerecht entlastet und die vorhandenen Mittel für eine effektive medizinische Versorgung eingesetzt werden. Daneben sind auch die Versicherten gefordert, so weit wie möglich eigene finanzielle Vorsorge zu treffen.

Versicherungsfremde Leistungen – also Leistungen, die nicht aus dem Versicherungsverhältnis selbst folgen, sondern aus sozialpolitischen Entscheidungen des Gesetzgebers – müssen vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Beitragszahlerinnen und Beitragszahler weiterhin die volle Krankenabsicherung von Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern finanzieren. Die Absicherung dieser Personengruppe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wichtigstes Ziel ist es, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen, so dass sie eigene Beiträge leisten. Wo das nicht gelingt, müssen Krankenversicherungsbeiträge vollständig aus Steuermitteln aufgebracht werden.

Das gilt auch für die Beiträge zur Sozialversicherung für pflegende Angehörige. Wer Angehörige pflegt, übernimmt eine Aufgabe von hohem gesellschaftlichem Wert und entlastet die sozialen Sicherungssysteme in erheblichem Umfang.

Wir müssen besonders darauf achten, dass die Auswirkungen der geplanten Sparmaßnahmen nicht unsere in einem tiefgreifenden Transformationsprozess befindlichen Krankenhäuser überfordern und so die Ziele der Krankenhausreform konterkarieren.

Wer Gesundheit und Pflege als Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt begreift, muss bereit sein, sie auch entsprechend zu finanzieren. Bei der Pflegeversicherung sind auch Maßnahmen wie die Einführung einer kapitalgedeckten Säule zu prüfen. Die Fraktionsvorsitzenden aus Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fordern: Die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung muss gerecht, nachhaltig und zukunftsfest ausgestaltet werden! Stabile Beiträge, verlässliche Versorgung und faire Verantwortungsteilung müssen zusammengedacht und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Tobias Vogt, MdL
CDU-Fraktion
Baden-Württemberg

Klaus Holetschek, MdL
CSU-Fraktion
Bayern

Daniel Peters, MdL
CDU-Fraktion
Mecklenburg-Vorpommern

Christian Hartmann, MdL
CDU-Fraktion
Sachsen

Guido Heuer, MdL
CDU-Fraktion
Sachsen-Anhalt

Andreas Bühl, MdL
CDU-Fraktion
Thüringen